

Vergewaltigungen reißen nicht ab

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht weitere Frauen vergewaltigt werden oder Prozesse gegen Angeklagte laufen. So wurde jetzt wegen Förderung sexueller Handlungen an Minderjährigen in Tateinheit mit Erpressung ein Asylant aus Syrien von der Jugendstrafkammer am Landgericht Offenburg verurteilt. Er muss nur 50 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Vom Vorwurf der Vergewaltigung wurde er freigesprochen und zur Fortsetzung seiner schulischen Ausbildung aufgefordert. Ein 20-Jähriger Asylbewerber (Eritreer) ist wegen Vergewaltigung einer fast blinden Studentin nur zu einer Jugendstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt worden. Die junge Frau leidet bis heute unter den psychischen Folgen - und fühlt sich im Nachhinein noch verunglimpft. Wegen Vergewaltigung, Körperverletzung und sexueller Nötigung an drei Frauen hat das Landgericht Memmingen einen weiteren Asylbewerber zu 14 Jahren Haft verurteilt. "Weder gutes Zureden, noch körperliche Reaktionen von Angst und Panik, noch Gegenwehr gaben dem Angeklagten den Anstand, loszulassen", sagte der Richter bei der Urteilsverkündung.

WWW.REP.DE
3. Oktober
Wir lassen uns nicht mehr teilen

Deshalb: **DIE**
REPUBLIKANER **REP**

29 Jahre besteht nun die Wiedervereinigung unserer Heimat in West- und Mitteldeutschland. Wer vor rund 30 Jahren dachte, die Altparteien würden daran mitwirken, dass unser Land fester zusammenwächst, der dürfte heute eines Besseren belehrt sein. Mit allen Mitteln wird gegen jene gehetzt, die in den sog. „neuen Bundesländern“ es wagen nicht die Altparteien zu wählen. Dabei setzen die Altparteien selber den Spaltpilz: Unterschiedliche Löhne und Renten sind dabei nur ein weiterer Punkt der systematischen Ausgrenzung. Wir Republikaner kämpfen aber dafür, dass unser Volk von den selbsternannten Volksvertretern nicht weiter auseinanderdividiert wird.

Grüne wollen bundesweites Tempolimit durchsetzen

Der Bundestag soll über die Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen abstimmen - das fordern die Grünen. Das Votum soll Mitte Oktober erfolgen. Die Partei erwartet demnach, dass eine Reihe von SPD-Parlamentariern für eine Grenze von 130 Stundenkilometern ist. "Ein Tempolimit wäre ein Gebot der Vernunft für eine aufgeklärte Gesellschaft im 21. Jahrhundert", betonte der Grünenabgeordnete Cem Özdemir. Ende September hatte ein Antrag der Grünen für ein Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde im Verkehrsausschuss des Bundestags keine Mehrheit gefunden.

Wir Republikaner sind entschieden gegen ein Tempolimit auf unseren Autobahnen. Bereits jetzt besteht auf den meisten Strecken bereits eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Eine weitere generelle Einführung wäre völliger Unsinn und gängelt nur weiter die Autofahrer.

Größere Massenzuwanderung als 2015 in Deutschland erwartet

Die ersten Vertreter der Zuwanderungsparteien wollen jetzt die Bevölkerung offenbar darauf vorbereiten, dass nach der Masseneinwanderung vor der Masseneinwanderung bedeutet. Bundesinnenminister Horst Seehofer sieht im Herbst 2019 eine "Flüchtlingswelle" bisher ungekannten Ausmaßes auf Deutschland zurollen. Sie werde womöglich "noch größer als 2015" ausfallen.

Seehofer hat angesichts der steigenden Zahl von Asylanten auf den griechischen Inseln vor einem noch größeren Flüchtlingszustrom als 2015 gewarnt und mehr Solidarität von den EU-Mitgliedern gefordert.

"Wir müssen unseren europäischen Partner bei den Kontrollen an den EU-Außengrenzen mehr helfen. Wir haben sie zu lange alleine gelassen", sagte Seehofer gegenüber der Presse. "Wenn wir das nicht machen, werden wir eine Flüchtlingswelle wie 2015 erleben - vielleicht sogar noch eine größere als vor vier Jahren." Dabei vergisst der Bundesinnenminister offenbar, dass die anderen EU-Staaten wenig bis kein Interesse daran haben, den gleich Fehler wie Deutschland zu begehen.

Er werde gemeinsam mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) "alles dazu beitragen, dass sich das nicht wiederholt", führt Seehofer weiter aus. Dafür habe er "die volle

Unterstützung der deutschen Bundeskanzlerin". Gerade dieser dürfte aber wenig daran gelegen sein, die Fehler der letzten Jahre zu korrigieren. Sie gilt nicht ohne Grund als Mutter der ungebremsten Einwanderung und die Fehler ihrer Politik werden noch Generationen weiter belasten.

Bereits bei der Aufteilung der Hochsee-Asylanten zeigt sich die fehlende Bereitschaft innerhalb der EU diese Personen aufzunehmen. Seehofer hatte hier kürzlich erst zugesagt, dass Deutschland bis auf weiteres ein Viertel aller im zentralen Mittelmeer Geretteten aufnimmt. Er ist damit Teil der Überfremdungsursache.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Clans wollen Behörden unterwandern

Jahrzehntelang wurde die Gefahr durch Clans ausgeblendet. Sie passte einfach nicht in das heile Multikulti-Utopia, welches uns die Altparteien immer vorgaukeln. Inzwischen haben sich Clans weitere Teile unsers Landes untereinander aufgeteilt. Jetzt wird erstmal öffentlich darüber gesprochen, welche Verstrickungen von Clans und Behörden bestehen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Oliver Huth, hat jetzt vor einer Unterwanderung von Behörden durch Clans gewarnt. „Wir wissen, dass die Organisierte Kriminalität zunehmend Einfluss auf die öffentliche Verwaltung ausübt. Entweder fließen Schmiergelder oder es erfolgen andere Vergünstigungen“, sagte Huth gegenüber der Presse. Es gebe Personen aus den Ämtern, „die internen Informationen durchstechen – siehe etwa jene Polizisten aus Duisburg, die einer Drogenbande aus dem Clannmilieu Dienstgeheimnisse verraten haben soll“.

Der Experte für Organisierte Kriminalität schilderte auch alltägliche Probleme bei der Polizeiarbeit, die so nicht neu sind, aber nur selten angesprochen werden. „Die Clans lehnen den Staat und seine Repräsentanten ab. Diese Leute halten sich nicht an Regeln, das bedeutet, dass es bei Personen- oder etwa Gaststättenkontrollen in der Szene immer Ärger gibt, da bauen sich dann muskelbepackte Männer vor den Polizeibeamten auf, fangen an zu schimpfen, lehnen es ab, ihren Ausweis zu zeigen.“ Häufig reagierten sie dann auch mit der „Fremdenfeindlichkeitskeule“, den die Nazikeule zieht bis heute.

Auch hieran zeigt sich wieder deutlich, wie erheblich die Mitschuld der Altparteien ist, die den Nährboden für solch eine Entwicklung gelegt hat und tatenlos zusah, wie sich eine Parallelwelt ungehindert entwickeln konnte.

88.000 Privatinsolvenzen 2019

Für das gesamte Jahr 2019 gehen die Studienexperten von insgesamt bis zu 88.000 Insolvenzen privater Haushalte in der Bundesrepublik aus. Durchschnitt gab es von Januar bis Ende Juni in Deutschland 51 Privatinsolvenzen pro 100.000 Einwohner. Obwohl es im Bundesdurchschnitt 1,4 Prozent weniger private Pleiten gab, bleiben die Menschen im Norden der Republik besonders betroffen, fand die Analyse "Schuldenbarometer 1. Halbjahr 2019" heraus. Für 2020 erwarten die Fachleute mehr private Insolvenzen in Deutschland. Die konjunkturelle Schwächephase hinterlässt langsam auch am Arbeitsmarkt erste Spuren. Da in den Insolvenzstatistiken vor allem die Vergangenheit abgebildet wird, sie gewissermaßen ein Blick in den Rückspiegel sind, werden diese Entwicklungen auch erst 2020 einen Einfluss auf die Insolvenzzahlen haben", begründet die Verfasser der Studie die Zahlen der ersten Jahreshälfte. Als Hauptursachen, die Betroffene in eine finanziell prekäre Lage führen, gibt die Studie Arbeitslosigkeit und reduzierte Arbeit und Einkommensarmut.

Während in der regionalen Betrachtung besonders Menschen im Norden Privatinsolvenz anmelden müssen, sind nach Altersklassen vor allem die 31- bis 40-Jährigen sowie Menschen zwischen 51 und 60 Jahre und Senioren ab 61 Jahre betroffen. Bei ersteren legte die Zahl der Insolvenzfälle im ersten Halbjahr um 2,3 Prozent zu. Bei den älteren Menschen stieg der Anteil jeweils um 2,2 Prozent. Damit machen derzeit die Altersgruppen ab 51 Jahre mit 31,6 Prozent (13.350 Privatinsolvenzen absolut) fast ein Drittel der von einer Insolvenz betroffenen Personen aus.

REP-NRW feiern Tag der Deutschen Einheit

Jedes Jahr führen die nordrhein-westfälischen Republikaner am Tag der Deutschen Einheit eine kleine Feier durch. So fand auch in diesem Jahr wieder ein Treffen statt. Trotz des sehr herbstlichen Wetters wurde bis in den frühen Abend mit Speisen und Getränken gemütlich zusammengesessen. Besonders im roten NRW ist eine solche Feierlichkeit leider keine Selbstverständlichkeit.

Jetzt Republikaner werden

Ihre Unterschrift
 MITGLIED WERDEN!

 Unterschrift

für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.